



## Ein Engländer zur Korridorfrage

Der joben von Danzig zurückgekehrte konservative englische Abg. Crosskey schildert im „Evening Standard“ mit eindeutigen Worten die unhaltbaren Zustände, die der Versailler Vertrag in Danzig und im Weichselkorridor geschaffen hat. Danzig werde von den Polen langsam zum wirtschaftlichen Untergang gebracht. Es werde durch die unsinnige Naturwidrigkeit des Korridors und durch den neuen polnischen Hafen in Gdingen getötet. Der Bau des Gdinger Hafens und der wirtschaftliche Ruin Danzigs seien sicherlich ein Bruch des Versailler Vertrags. Heute seien sie vollendete Tatsache.

Der Korridor, das drohende Wahrzeichen eines Vertrages, der die Keime eines neuen Krieges enthält, wenn er nicht revidiert wird, müsse verschwinden. In Deutschland wachse eine neue Generation auf, die die Abtrennung Dniprußens und die Isolierung Danzigs als eine unerträgliche politische Beleidigung und eine wirtschaftliche Ungerechtigkeit empfinde. Ihre Sache sei wohlbegründet und gerecht. Wenn die ihnen angefügten Unbilden nicht früher oder später wieder gut gemacht werden, dann müßten sie die Sache in ihre eigenen Hände nehmen.

## Der französische „Abrüstungsplan“

Der Pariser Berichterstatter der „Times“ erhielt aus gut unterrichteter nichtamtlicher Quelle folgende Mitteilungen über den Inhalt des neuen französischen Abrüstungsplanes:

Der Plan stütze sich auf ein ausgedehntes System von Sicherheitsgarantien, die die französische Regierung innerhalb einer längeren Zeitperiode zu erhalten hoffe. Er sehe zunächst zahlreiche Einzelverträge vor. Im Laufe der weiteren Entwicklung sei die Abschaffung gewisser Formen der militärischen Ausrüstung und die internationale Kontrolle der Luftfahrt vorgesehen. Geprüft werden solle das Werk durch die Schaffung einer internationalen Streitmacht. Sobald eine neue Stufe erreicht sei, solle eine Herabsetzung der französischen Rüstungen vorgenommen werden, bis bei Vollendung des Planes das Höchstmaß der französischen Abrüstung erreicht sei.

Der Plan erstreckte sich auf die Land-, die See- und die Luftabrüstung. Die Grundzüge der Luftabrüstung bewegten sich auf der schon bekannten Linie. Bei der Seeabrüstung gelte als Voraussetzung, daß die Vereinigten Staaten von dem Grundsatze der „Freiheit der Meere“ abgingen. Hiermit sei gemeint, daß Amerika das Recht anderer Staaten zur Blockade oder zur Durchsuchung von Schiffen auf See auch in den Fällen anerkennen solle, wo sich diese Maßnahmen gegen einen Kriegführenden richteten, mit dem Amerika noch Handelsbeziehungen unterhalte. Der Plan sehe schließlich vor, daß alle Mächte nicht nur einen Konsultativpakt unterzeichnen, sondern auch eine schiedsrichterliche Entscheidung vor einem unparteiischen Gericht anerkennen, ehe sie zu den Waffen greifen dürfen.

Hierzu bemerkt der Berichterstatter: Man müsse abwarten, ob eine Zusage Amerikas in der Frage der „Freiheit der Meere“ erfüllt sei. Es werde sich ferner sofort die Frage erheben, ob die Schiedsgerichtsbarkeit auf der Grundlage des Versailler Vertrages aufgebaut werden solle. Wenn ja, so würde dies ein schweres Hindernis für die Annahme des Planes durch Deutschland bedeuten.

## Amerika und der Weltfrieden

Stimson für Herabsetzung der Kriegsschulden und Beitritt zum Haager Gericht

11. Newyork, 28. Okt. Staatssekretär Stimson, der zur Zeit in Pittsburg weilte, deutete in Wahlreden zum erstenmal Verhandlungen mit europäischen Gläubigern über eine Herabsetzung der Kriegsschulden an. Er wandte sich weiter scharf gegen die nationalsozialistische Welle in den Vereinigten Staaten und verteidigte die Kriegsschuldenherabsetzung, wobei er der gelben Presse eine ungerechtfertigte Kritik an diesem „notwendigsten Schritt für die internationale Zusammenarbeit“ vorwarf. Stimson trat ferner für den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Haager Schiedsgerichtshof ein und verteidigte die amerikanischen Maßnahmen zur Erhaltung des Weltfriedens, indem er erklärte, daß eine Kriegsdrohung in irgend einem Weltteil alle Nationen betreffen würde.

## Flottentag in den Vereinigten Staaten

Flottentag in den Vereinigten Staaten

Anläßlich des amerikanischen Flottentages hat Präsident Hoover einen Aufruf erlassen, in dem erklärt wird, die erste Pflicht der Regierung der Vereinigten Staaten auf Grund der Verfassung sei die Sicherung der nationalen Verteidigung. Die Regierung sei nach wie vor erfolgreich bemüht, die internationale Landabrüstung, sowie die Abrüstung zur See in Übereinstimmung mit den Londoner Abmachungen herbeizuführen. Sollten aber diese Bemühungen schließlich doch fehlschlagen, dann sei die Regierung der Vereinigten Staaten wegen der dann unsicheren Weltlage und zum Schutze des Handels gezwungen, die amerikanische Flotte bis zur äußersten Grenze des Londoner Flottenabkommens auszubauen und damit auf die gleiche Stärke mit der mächtigsten Flotte der Welt zu bringen.

Deutsch-amerikanischer Kongress in Newyork

In Newyork wurde ein dreitägiger deutsch-amerikanischer Kongress eröffnet. Unter den Ehrengästen befand sich der frühere amerikanische Botschafter in Berlin, Houghton, der in einer Rede die Deutsch-Amerikaner ermunterte, ihre Beiträge zur kulturellen Entwicklung Amerikas mehr als bisher zum Ausdruck zu bringen. Die nächsten Tagen werden mit Ausschusssitzungen angefüllt sein, in denen Fragen des Deutschunterrichts, der deutschen Kirchen und Wirtschaftsfragen behandelt werden.

## Der Rhein-Seitenkanal wird nicht gebaut

— Kolmar i. E., 28. Okt. Die Aktien des erst vor 14 Tagen eingeweihten Kemmer Kraftwerkes haben in den letzten Tagen an der Pariser Börse einen erheblichen Kurssturz erfahren, so daß die Notierungen vielfach ausgeleert werden mußten. Im Zusammenhang damit wird auf die Gründung der „Compagnie Nationale du Rhöne“ verwiesen, die mit einem Aktienkapital von 240 Millionen Franken den sofortigen Ausbau der Rhöne als Kraftquelle und Großschiffahrtsweg in Angriff nehmen will. An der Gesellschaft sind neben den südfranzösischen Eisenbahngesellschaften auch große Pariser Elektrizitätsgesellschaften mit rund 25 v. H. beteiligt. Mit dem ersten Bauabschnitt bei einem Kostenaufwand von rund 24 Milliarden Franken wird sofort begonnen werden. Mit der Verwirklichung dieses Planes dürfte das Schicksal des elbsächsischen Rheinseitenkanals endgültig zu seinen Ungunsten entschieden sein, zumal auch in der letzten Zeit strategische Gründe gegen seinen Ausbau geltend gemacht wurden.

## Rein Konkordat in Baden

— Karlsruhe, 28. Okt. Der Parteausschuß und die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei in Baden erklären: Nach sorgfältiger Prüfung der politischen Lage ist beschlossen worden, dem von der badischen Regierung (Zentrum, Sozialdemokratie und Volkspartei) in Aussicht genommenen Konkordat die Zustimmung zu versagen. Da unter den jetzigen parlamentarischen Verhältnissen der Abschluß der Kirchenverträge unmöglich ist, wird die Regierung die Konkordatsvorlage in diesem Landtag nicht mehr einbringen. Das Zentrum dürfte nun zur Durchsetzung seiner Ziele den Versuch einer Koalitionsbildung mit der NSDAP. unternehmen.

## Tagung des deutschen Beamtenbundes

— Berlin, 28. Okt. Der Deutsche Beamtenbund trat unter starker Teilnahme aus dem ganzen Reiche zu seinem 8. Bundestag zusammen. Der Bundesvorsitzende Flügel teilte in seiner Begrüßungsansprache unter lebhafter Bewegung der Versammlung mit, daß die Reichsregierung darauf verzichtet habe, der Einladung zu der Tagung zu folgen und sich mit geschäftlicher Behinderung entschuldigt habe. Der Bundesvorsitzende hielt darauf einen Vortrag über die Politik des Deutschen Beamtenbundes. Er betonte, daß die Beamtenenschaft durchaus bereit sei, ihren Anteil an der allgemeinen Not zu tragen. Der Gesamteffekt der Beamtengehaltskürzungen betrage bisher rund 2,25 Milliarden RM. Lebhafteste Kritik übte Flügel an dem „Dolchstoß“, den der Industrielle von Siemens gegen die öffentlichen Bediensteten geführt habe. Nicht wenige leitende Persönlichkeiten der Wirtschaft bezögen heute noch Einkommen, gegen die die Gehälter höchster Beamten sich wie Bettelgroßen ausnehmen. Mit Entschiedenheit wandte sich Flügel auch gegen jeden Versuch, die Beamten zu Staatsbürgern minderen Rechts und minderen Grades zu machen. Den Hauptteil des Vortrages nahm die Auseinandersetzung mit den Angriffen auf den Beamtenbund wegen angeblicher Verletzung seiner parteipolitischen Neutralität in Anspruch. Flügel formulierte das Wesen des Neutralitätsbegriffes dahin, daß parteipolitische Neutralität die Unabhängigkeit von jeder politischen Partei, die völlige Freiheit von jedem Parteieinfluß bedeute, aber auch in sich schließe die Möglichkeit zum Zusammenwirken mit jeder Partei und die Zurückweisung von Angriffen und Bedrohungen durch Parteien und Parteiführer, wenn diese die Interessen des Beamtenbundes verletzen. Flügel erklärte zum Schluß, daß sich der Beamtenbund auch in Zukunft nicht in negativer Kritik erschöpfen werde. Der Parteigeist und Parteidoctrin in die überparteiliche Arbeit des Bundes trage, verübte sich an der berufspolitischen Grundlage der Organisation. Der Deutschen Grundübel sei ihr Hang zu Zwittertrakt im eigenen Volke. — In der Aussprache wurde u. a. ausgeführt, daß die augenblicklichen Führer des Bundes als die Vertreter einer Zeit, die in der formalen Demokratie das Alibiemittel sehe, nicht mehr in die jetzige Zeit paßten, in der sich bei den Beamten grundlegende Änderungen der politischen Auffassung vollzogen hätten. Ein Antrag, der die Amtsenthebung der für die Unterzeichnung des Gewerkschaftsauftrufs verwerflichen Unterzeichnung eines Gewerkschaftsauftrufs verwies.

## Vom Reichskuratorium für Jugendertüchtigung

11. Berlin, 28. Okt. Die neuernannten Mitglieder des Reichskuratoriums für die Jugendertüchtigung traten gestern zum erstenmal zu einer Sitzung zusammen. Reichsinnenminister Freiherr von Gahl hielt eine Begrüßungsansprache und der zuständige Referent im Reichsinnenministerium, Oberregierungsrat Erbe, sprach anschließend eingehend über die Vorarbeiten, die bisher geleistet wurden und über die künftigen Aufgaben, die das Reich dem Reichskuratorium überwiesen hat. Es fand dann eine Besichtigung einer Lehrschule in Döberitz statt, wo die jungen Leute aus den verschiedenen Wehrverbänden schon gemeinsam ausgebildet werden. Anschließend folgte eine allgemeine Aussprache.

## Zur Reichstagswahl

Der Verbandswahlausschuß für den 16. Wahlkreisverband Württemberg-Baden hat über die Zulassung der eingereichten Verbindungserklärungen beschlossen. Nach den von den Vertrauensmännern der Kreiswahlvorschläge für den 31. Wahlkreis Württemberg und den Vertrauensmännern der entsprechenden Kreiswahlvorschläge für den 32. Wahlkreis Baden übereinstimmend abgegebenen Erklärungen sind im Wahlkreisverband 16 Verbindungen von Kreiswahlvorschlägen zustande gekommen. Die Nummernfolge der zugelassenen Kreiswahlvorschläge ist:

Nr. 1 Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (Hitlerbewegung); Nr. 2 Sozialdemokratische Partei Deutschlands; Nr. 3 Kommunistische Partei Deutschlands; Nr. 4 Württembergisch-Hohenzollerische Zentrumspartei; Nr. 5 Deutschnationale Volkspartei; Nr. 6 Radikaler Mittelstand; Nr. 7 Deutsche Volkspartei; Nr. 8 Deutsche demokratische Partei Württemb. und Hohenz.; Nr. 9 Christlich-Sozialer Volksdienst (Evang. Bewegung); Nr. 10 Schicksalsgemeinschaft deutscher Erwerbsloser, Kleinhandel und Gewerbe (Erwerbslosenfront); Nr. 11 Reichspartei des deutschen Mittelstandes (Wirtschaftspartei); Nr. 12 Deutsche Bauernpartei; Nr. 13 Sozial-Republikanische Partei Deutschlands (Höring-Bewegung für Arbeitsbeschaffung); Nr. 14 Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands; Nr. 15 Freiwirtschaftliche Partei Deutschlands (Partei für krisenfreie Volkswirtschaft); Nr. 16 Kampfgemeinschaft der Arbeiter und Bauern; Nr. 17 Deutsche Reform-Partei; Nr. 18 Kleinrentner, Inflationsgeschädigte und Vorkriegsgeldbesitzer; Nr. 19 Enteigneter Mittelstand; Nr. 20 Handwerker, Handel- und Gewerbetreibende.

## Aus dem Wahlkampf

In einer sehr stürmischen Wahlversammlung der NSDAP in Stuttgart führte Reichstagsvizepräsident Graef-Eisenach aus, Hitler habe am 28. September in München die Reichstagswahl am 18. August d. J. eine große Schuld auf sich geladen. Wäre Hitler ein Kerl gewesen dann hätte er am 18. August das Angebot Hindenburgs angenommen. Als Vizekanzler des Reiches und preussischer Ministerpräsident wäre ihm eine große Macht zur Verfügung gestanden. Aber er habe seine einzig wahrhaft große Stunde verpaßt. Statt dessen habe er einen Marsch nach Rom gemacht. Er habe seinen Parteiführer (Graef) sei stolz darauf, daß er bei dem Empfang des Reichstagspräsidenten bei Hindenburg den Ehevertrag zwischen Braun und Schwarz zugeschanden gemacht habe. Hitler werde die 13 Millionen Anhänger nicht behalten. — Der württ. Staatspräsident Dr. Holz kritisierte in einer Wahlversammlung der Zentrumspartei in Juba eingehend die Maßnahmen der Regierung auf wirtschaftlichem Gebiet und erklärte, daß der von Dr. Brüning beschrittene Weg, durch Beseitigung der internationalen Hindernisse die Wirtschaft anzukurbeln, der richtige sei. — Auf einer Wahlkundgebung der Deutschen Staatspartei in Karlsruhe vertrat Reichsminister a. D. Dr. Dietrich die Auffassung, daß das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung zum Scheitern verurteilt sei, wenn die Regierung die Autarkie- und Kontingentspolitik nicht fallen ließe.

In einer deutschnationalen Versammlung in Kassel beschäftigte sich Dr. Eugen Berg im Zusammenhang mit der Frage des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft und der Behebung der Arbeitslosigkeit mit dem Problem der deutschen Verschuldung. Er führte dabei u. a. aus: Schuldenregelung ist im großen Zusammenhange der Dinge der erste Schritt zur Beseitigung der deutschen Arbeitslosigkeit. Der Störenfried der Wirtschaft ist das „internationale Kapital“. Aber nicht in dem sozialistischen Sinne, wonach jedes Kapital international ist. Sondern in dem Sinne, daß derjenige Teil des Kapitals die Störung verursacht, der „international“ ist, d. h. zwischen den nationalen Staaten vagabundiert. Er entzieht sich der Einwirkung einer nationalwirtschaftlichen Gesetzgebung und Wirtschaftsorganisation. Dies internationale Kapital ist der Feind des bodenständigen nationalen Kapitals. Ein wirklicher Organismus ist nur die nationale Wirtschaft. Im nationalen Staate und unter seinem Befehl hat das Kapital als dienendes Glied seine Funktion zu erfüllen.

Auf den Zwischenruf eines Nationalsozialisten: „Nationalsozialismus und Marxismus sind wie Feuer und Wasser“ erwiderte Eugen Berg: „Das ist eben der große Irrtum, in dem Ihre Massen gehalten werden. Es ist im Grunde kein Unterschied zwischen Marxismus und Sozialismus. Wenn Sie das behaupten wollen, so denken Sie dabei an das Wort sozial. Das aber nehmen wir für uns in Anspruch. Wenn die Nationalsozialisten fortfahren, auf der marxistischen Fährte zu spielen, werden sie Massenschläge in steigendem Maße erhalten. Der Nationalsozialismus leistet damit ähnlich wie es der Liberalismus in der liberalen Zeit Deutschlands getan hat, Vorarbeit für die Liberalisten, letzten Endes für den Kommunismus in Deutschland.“

In einer Zentrumsversammlung in Hamburg kritisierte Minister a. D. Dr. Bell die Außenpolitik des jetzigen Reichskanzlers und erklärte, wenn es Dr. Brüning gelingen sei, die Weltatmosphäre zu entsäufen und Deutschland wieder Vertrauen in der Welt zu verschaffen, so ständen wir heute vor der Tatsache, daß ein vollständiger Umschwung in der Außenpolitik eingetreten sei, denn heute sei Deutschland wieder so gut wie isoliert. Hierzu habe in starkem Maße die Kontingentierungspolitik beigetragen. Nicht nur die Ausfuhrindustrie und viele andere Wirtschaftskreise seien stark benachteiligt, sondern auch Länder, die Deutschland wohlgenant gewesen seien, setzen jetzt gegen uns eingenommen und zeigten eine Haltung, die uns nicht gleichgültig lassen könne. Der Regierung müsse daher dringend nahegelegt werden, zukünftig bei ähnlichen Maßnahmen vorsichtiger zu Werke zu gehen.

In einer Antwort an die Bundesführung des „Stahlhelm“ weist jetzt Prinz August Wilhelm von Preußen die Behauptung zurück, er habe den Stahlhelm unmoralisch gelassen. Wenn der Stahlhelm sich getroffen fühle, dann sei das allerdings recht anstandslos. Der Prinz lehnt es ab, auf diese „Stahlhelmschmuckerei“ zu antworten, er könne durch die „reaktionäre“ Stahlhelmführung nicht beleidigt werden. — Reichlich spät für uns jetzt eine Erklärung der nationalsozialistischen Lügenabwehrstelle, die Behauptungen, Adolf Hitler habe in seiner Unterredung mit dem Reichspräsidenten am 18. August sich ausbedungen, daß ihm drei Tage lang die Strafen für seine SA. freigegeben werden, seien von A bis Z erlogen. Der „Stahlhelm“ hatte bekanntlich mit aller Bestimmtheit eine solche Äußerung Hitlers bestritten.



Wenn Sie kaufen:  
**Mantelstoffe**  
**Kleiderstoffe**

nur von

**C. Müller**  
 Stoffhaus Zerrennerstr. 6  
 Pforzheim, neben Ufatheater

Hotel Adler / Bad Liebenzell  
 Morgen **T.A.N.Z**  
 Sonntag  
 Spez.: Rehbraten mit Spätzle

**Öffentl. Wahlversammlungen**  
 in Hirsau und Umgebung

1. Samstag, 29. Okt., abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Röhle“ in Hirsau  
 Redner: Pg. Dr. med. Stähle, Nagold, über: Volk oder Rasse  
 Pg. Gottlob Rafzer, Waldenbuch, über:

**Gebt Hitler die Macht!**

2. Sonntag, 30. Okt., nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus zum „Hirsch“ in Oberkollbach  
 Pg. Gottlob Rafzer, Waldenbuch, über:

**Gebt Hitler die Macht!**

3. Sonntag, 30. Okt., abends 8 Uhr, im Gasthaus zum „Bären“ in Grusmühl  
 Pg. Gottlob Rafzer, Waldenbuch, über:

**Gebt Hitler die Macht!**

Eintritt frei! — Nachherige freie Aussprache.  
 Zum Besuch dieser Versammlungen werden Männer und Frauen aller Partei-  
 richtungen herzlich und dringend eingeladen.

NSDAP. Hirsau.

*Auch in der Notzeit*

ein

**Sparkonto**

beim

**Darlehenskassenverein**

eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht

Annahme von Spareinlagen

In kleinsten Beträgen

Helmsparkassen

Sparmarken

Festanlagen

Bezirksverband

der landwirtschaftlichen Genossenschaften  
 des Oberamts CALW

Frisch gebrannter  
**Weißkalk**  
 sowie  
**Düngkalk**  
 (Weißkalk)  
 bestes Mittel geg. Schnecken  
 empfiehlt  
**G. Eitel**

**Eben**  
 eventuell mit Wohnung in  
 Calw zu vermieten.  
 Näheres nur durch  
**Otto Stihel, Stuttgart**  
 Pfäfersstr. 17, Fernruf 63 265

**SODBRENNEN**  
 und Magenbeschwerden  
 behobtsosort

**Tablette**  
 TABLETTE 111  
 Flasche mit 100 Tabletten nur  
 RM 1.50.  
 Erhältlich in den  
 Apotheken  
 Calw: Neue Apotheke  
 Alle Apotheke  
 Fr. C. Reichmann



Mk. 58.- 45.- 36.- 19.75 45.- 28.- 36.- 75.-

**Mäntel ohne Peiz**  
 mollie Stoffe, gefüttert  
 16.50 19.75 26.-

**Imit.-Pelzjacken**  
 fesche Formen, Zwischenfutter  
 14.- 18.75 29.50

**Persianer besetzt**  
 mod. Stoffe, grau, schwarz, braun  
 36.- 55.- 69.-

**Pelzbesetzte Mäntel**  
 mod. Lamm- und Opossum-Pelze  
 19.- 28.- 36.-

**C. BERNER**  
 Das große Spezialhaus für Damenkleidung  
 Ecke Metzger- und Blumenstraße

**Öffentl. Wählerversammlung**

heute Samstag, 29. Oktober 1932,  
 abends 8 Uhr, im Hotel Waldhorn in Calw  
 Dr. Brähler aus Freiburg i. Br.  
 Mitglied des badischen Landtages  
 spricht über das Thema

**Parteihader  
 oder Volkswohl?**

Hierzu werden Wähler u. Wählerinnen freundlich eingeladen  
**Freie Aussprache!**

**Deutschnationale Volkspartei**  
 Ortsgruppe Calw

**Ihr Most wird besser,**

wenn Sie die Gärung nicht dem Zu-  
 fall überlassen, sondern sich durch  
 rechtzeitigen Zusatz von rein ge-  
 züchteter Edel-Weinhefe auf alle  
 Fälle eine einwandfreie Gärung  
 sichern. Auch die Verwendung eines  
 geeigneten Gärverschlusses ist von  
 nicht zu unterschätzender  
 keit. — Noch mehr sagt Ihnen das  
 Oma-Weinbuch, welches vor allem  
 auch wertvolle Anregungen enthält  
 über die erfolgreiche Verwendung  
 der bewährten

Nur echt mit diesem  
  
 Warenzeichen.

**Oma-Reinhefen**  
 sind erhältlich in Kulturen  
 für 50, 100, 300, 600 u. 1200 Ltr.  
 zu 50 Pf. — 2.- 3.- u. 4.- Rm.  
 Kostenlose Beratung!

**Hefe-Reinzucht-Anstalt**  
 Dr. A. Ostermayer, Pforzheim  
 Verkaufsstellen:  
 Ritter-Drogerie Carl Bernsdorff, Calw  
 Drogerie Himperich, Bad Liebenzell.

**Erika**



auf kleine  
 Raten:  
 Erster  
 Schritt zu  
 großen  
 Taten

Raten zu RM. 10.— oder 20.—  
 Gebrauchte Maschinen  
 werden in Zahlung genommen  
 Chr. Widmaier, Calw, Bischofsstraße 8

Schöne geräumige 2-Zimmerwohnung  
 und eine schöne 3-Zimmer-Wohnung  
 zu vermieten (Marktplatz)  
 Zu erfragen bei der Geschäftsstelle dieses Blattes

**Wähler und Wählerinnen,  
 Arbeiter, Volksgenossen!**

Erscheint in Massen zu der heute abend  
 8 Uhr im Saalbau Weiß stattfindenden  
**Wahlkundgebung für  
 Frieden, Freiheit, Sozialismus!**

**Zum Weltspartag!**

Führen Sie Ihre flüssigen  
 und ersparten Gelder  
 der heimischen Wirtschaft zu  
 durch Anlage bei der

**Creditbank für Landwirtschaft  
 und Gewerbe in Calw e. G. m. b. H.**

**Achtung!**

Solange Vorrat reicht, gebe ich auf sämt-  
 liche Weine, Liköre, Weinbrand,  
 Fruchtsäfte, Konserven, Konfi-  
 türen und Oelsardinen

**10% Preisnachlass**

und

**5% in Rabattmarken**

Nur einmalige Gelegenheit zu billiger  
 Deckung des Weihnachts-Bedarfes

**Käthner am Markt**  
 G. Wurster's Nachfolger

**Plüsch-  
 Haar-  
 Woll-Hüte**

neueste Formen, Farben  
 und Preise  
 in reicher Auswahl  
**W. Schäberle**  
 Hutmacher